

Medien-Information

Donnerstag, 1. September 2016

Bildungsministerin Britta Ernst zum Schulstart 2016/17: „Steigerung der Unterrichtsversorgung und der Bildungsqualität stehen im Mittelpunkt“

KIEL. In der kommenden Woche startet auch Schleswig-Holstein ins neue Schuljahr 2016/17. 23.000 Mädchen und Jungen werden eingeschult und damit 400 mehr als im Vorjahr. Insgesamt liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler bei rund 380.200. „Erstmals gehen die Schülerzahlen nicht mehr zurück, sondern bleiben auf dem Niveau des Vorjahres. Der Grund für diese Entwicklung liegt auch am Zuzug vieler Flüchtlingskinder - und jugendlicher“, sagte Bildungsministerin Britta Ernst heute (1. September) in Kiel. Dies erfordere zugleich, auch künftig in Bildung zu investieren. „Unser Ziel ist eine Unterrichtsversorgung, die bei 100 Prozent liegt, und eine entsprechende Ausstattung mit Lehrkräften“, betonte Ministerin Ernst. Auch darin zeige sich, dass der Schwerpunkt dieser Landesregierung auf der Bildung liege.

Ziel aller Anstrengungen ist nach Aussage von Ernst die Verbesserung der Qualität des Bildungsangebotes in Schleswig-Holstein und das Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Die Qualität von Schule werde sich durch die externe Evaluation/ Schulfeedback, durch den Einsatz von Schulischer Assistenz, mehr Ganztagsangebote, die neuen Fachanforderungen aber auch durch Verbesserungen beim Übergang von der Schule in den Beruf wie die Einrichtung von Jugendberufsagenturen (JBA) weiter verbessern. „Unser Ziel ist es, dass alle Kinder und Jugendlichen ihre Begabungspotenziale ausschöpfen können und dass weniger die Schule ohne Abschluss verlassen. Daran werden wir weiter und im intensiven Dialog mit allen an Schule Beteiligten arbeiten“, so Ministerin Ernst.

Schülerzahlen bleiben stabil

Insgesamt werden 380.200 Schülerinnen und Schüler an den allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen unterrichtet.

- 282.900 Kinder und Jugendliche besuchen die allgemein bildenden Schulen. Im Vorjahr waren es noch rund 287.600, somit ist ein Rückgang von rund 4.700 (1,6 Prozent) zu verzeichnen.
- Grundschule: Die Zahl der Kinder steigt durch den hohen Zulauf an Flüchtlingskindern um 3,4 Prozent auf rund 100.600 (97.300 im Vorjahr).

- Gemeinschaftsschule: Insgesamt steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler von 87.500 im Vorjahr auf aktuell 91.500. Ein Plus von 4.000 oder 4,6 Prozent.
- Gymnasium: Die Schülerzahlen sinken durch den Wegfall des doppelten Abiturjahrgangs um rund 7.100 oder 8,5 Prozent auf 76.500.
- Förderzentren: Die Schülerzahl an den Förderzentren liegt bei knapp 5.000, im Vorjahr waren es 5.100 Schülerinnen und Schüler.
- Regionalschulen: 9.000 Schülerinnen und Schüler (13.800 im Vorjahr), laufen 2018/19 endgültig aus.
- Die berufsbildenden Schulen verzeichnen einen Anstieg der Schülerzahlen um rund 4.700 von 92.600 im Schuljahr 2015/16 auf 97.300 (plus 5 Prozent). Grund: Steigende Zuwanderungszahlen.

Ministerin Britta Ernst: „Die Unterrichtsversorgung wird weiter sukzessive verbessert: Unser Ziel ist 100 Prozent.“ Derzeit liegt der Wert für das geplante Schuljahr 2016/2017 bei den Grundschulen bei 100 Prozent, bei den Gemeinschaftsschulen bei rund 98 Prozent, bei den Gymnasien bei rund 99 Prozent und bei den Beruflichen Schulen bei rund 91 Prozent“. Um dies zu erreichen, gebe es auch in diesem Schuljahr zusätzliche Lehrkräftestellen: 200 Stellen zum 1. August 2016 und weitere 200 Stellen zum 1. Februar 2017.

2.025 neue Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen

Zum Schuljahr 2016/17 werden an den Schulen insgesamt 1.519 Lehrkräftestellen mit 2.025 Lehrerinnen und Lehrer neu besetzt.

Als Lehramtsanwärterinnen oder -anwärter wurden zum 1. August 2016 456 „Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst“ eingestellt. Für die allgemein bildenden Schulen lagen 858 Bewerbungen vor, davon 352 aus Schleswig-Holstein. Insgesamt unterrichten 1.389 „Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst“ an den Schulen.

Mehr als 500 offene Ganztagsangebote

In diesem Schuljahr überschreitet Schleswig-Holstein bei den offenen Ganztagsangeboten die 500er Grenzen. 12 neue Angebote starten an den Schulen - damit arbeiten insgesamt 507 Schulen aller Schularten als offene Ganztagschulen und 31 als gebundene Ganztagschulen. Daneben werden an 178 Schulen mit Primarstufe Betreuungsangebote vorgehalten. Diese Angebote werden mit insgesamt rund 9,4 Millionen Euro unterstützt. Das sind in diesem Jahr 340.000 Euro mehr als 2015 und in 2017 sollen die Mittel auf insgesamt rund 10,8 Millionen. Euro erhöht werden.

Aufgabenpool Abitur 2017

Bildungsministerin Ernst: „In diesem Schuljahr werden beim Abitur bundessweit einheitliche Aufgaben in den Kernfächern beim Abitur einbezogen werden. Das ist ein wichtiger Schritt zur Qualitätssicherung und Vergleichbarkeit des Abiturs in Deutschland.“ Schleswig-Holstein hatte bereits seit 2014 mit dem sogenannten 6er Abitur Abituraufgaben gemeinsam mit den Bundesländern Bayern, Sachsen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg erarbeitet.

Zweites Jahr Schulische Assistenz

An vielen Grundschulen beginnt das zweite Jahr der Schulischen Assistenz. Ministerin Ernst: „Die Rückmeldungen aus den Schulen sind durchweg positiv - das Angebot wird sehr gut angenommen. Die schulischen Assistenzen sind angekommen im multiprofessionellen Team aus Lehrkräften, Sonderpädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen.“

Es gibt aktuell rund 600 Schulische Assistenzkräfte an den öffentlichen Grundschulen - im Januar 2016 waren es 542. Das Land finanziert dies mit jährlich 13,2 Millionen Euro. Alle Schulischen Assistenzkräfte nehmen unabhängig von ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen beruflichen Erfahrung an einer Zertifikatsfortbildung teil. 288 Personen haben inzwischen den Zertifikatskurs erfolgreich abgeschlossen, 193 weitere werden es bis zum Ende 2016 sein.

Schulfeedback gut nachgefragt

Zufrieden ist Bildungsministerin Ernst mit dem ersten Zwischenstand bei der externen Evaluation „Schulfeedback SH“. 13 Schulen beteiligen sich inzwischen am freiwilligen Verfahren zur Qualitätsverbesserung. „Das Angebot wird als hilfreich und bereichernd wahrgenommen. Großes Interesse der Schulen gibt es auch an einzelnen Bausteinen des Schulfeedbacks. Viele Schulen nutzen dies als Einstieg in das Verfahren.“

Um Unterrichtsqualität kontinuierlich zu evaluieren, können die Schulen neben dem verpflichtenden VERA 3 und VERA 8 zusätzlich an VERA 6 teilnehmen. Mehr als 140 Schulen haben dieses Angebot bereits im vergangenen Schuljahr angenommen. Bildungsministerin Ernst kündigte an, im Herbst wieder einen Bildungsbericht für Schleswig-Holstein vorzulegen. Er soll alle zwei Jahre erscheinen.

Neue Fachanforderungen

Fortschritte und Halbzeit bei der Erarbeitung neuer Fachanforderungen für die weiterführenden Schulen: 23 neue Fachanforderungen sind bereits in Kraft, weitere 23 sollen folgen. In diesem Schuljahr neu: Biologie, Chemie, Physik, Griechisch, Dänisch, Russisch, Evangelische Religion, Philosophie, Katholische Religion sowie Geschichte und Wirtschaft/Politik.

Mit dem Schuljahr 2015/16 wurde auch mit der Erarbeitung von Fachanforderungen für die Grundschulen (Mathematik, Deutsch, Englisch, Heimat, Welt- und Sachunterricht sowie Musik) begonnen.

500.000 Euro für Lernen mit digitalen Medien

Ministern Ernst: „Das Netzwerk digitaler Modellschulen wird weiter gefördert und ausgebaut. In 2017 stellen wird dafür insgesamt 500.000 Euro bereit.“ Daraus fließen 200.000 Euro in eine neue Wettbewerbsrunde, die mit der Ausschreibung im Herbst startet. Außerdem sollen zwölf Medienberaterinnen und -berater beim Aufbau der regionalen Netzwerke helfen. Auch das Lernen mit digitalen Medien an den Förderzentren für Geistige Entwicklung soll unterstützt werden. Um die Zusammenarbeit von Schulträgern und Bildungsinstitutionen bei der „Digitalisierung der Schule“ voranzubringen, werde es am 19. September eine gemeinsame Veranstaltung geben.

Übergang Schule-Beruf verbessern

Der Übergangsbereich Schule und Beruf wird sukzessive verbessert. „Ziel ist es, dass jeder und jede Jugendliche eine gute Chance auf einen erfolgreichen Start ins Berufsleben hat und niemand auf diesem Weg verloren geht“, betonte die Ministerin. Einen wichtigen Beitrag dazu leisteten die ersten Jugendberufsagenturen (JBA), die dank der Anschubfinanzierung durch das Land in Gründung sind oder ihre Arbeit schon aufgenommen haben. Die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Pinneberg und Schleswig-Flensburg sowie die Stadt Neumünster sind die Pioniere dieser Entwicklung, auch Kiel geht diesen Weg. Die JBA soll gewährleisten, dass Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 25 Jahren individuell beraten und unterstützt werden auf ihrem Weg in das Berufsleben. Schulen, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter und Kommunen/ Jugendhilfe sollen im Rahmen der JBA verlässlich, gemeinsam und konkret zusammenarbeiten und weitere Partner wie Kammern und Sozialverbände einbeziehen.

Ein weiterer Beitrag sei auch der zum 1. August gestartete Ausbildungsgang „Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein“ (AV-SH). Er fasst die bisherigen Bildungsgänge - Berufseingangsklasse (BEK) und Ausbildungsvorbereitendes Jahr (AVJ) - zusammen. „Vorrangiges Ziel des AV-SH ist es, die Jugendlichen möglichst schnell in eine duale Ausbildung zu vermitteln“, betonte Ernst. Deshalb muss das AV-SH auch nicht - wie andere Bildungsgänge an der Berufsschule - möglichst vollständig durchlaufen werden, sondern kann zugunsten eines Ausbildungsbeginns vorzeitig beendet werden. Im Rahmen des AV-SH werden auch „Berufsintegrationsklassen Deutsch als Zweitsprache“ (BIK-DaZ) eingerichtet.

Auch die Überlegungen zur Neuorganisation der Beruflichen Bildung bezeichnete Ministerin Ernst als Beitrag zur Verbesserung des Übergangssystems. Dabei gehe es, so die Ministerin, um die Einrichtung eines neuen ‚Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung‘ (SHIBB). Ein entsprechendes Gutachten liege dem Bildungsausschuss inzwischen vor.

Werbung für den Lehrerberuf

„Wir bündeln unser Werben für Lehrernachwuchs und Lehrkräfte in Schleswig-Holstein und schaffen mehr Zugänge zum Lehrerberuf“, betonte Britta Ernst. Dazu zählt neben dem Quer- und Seiteneinstieg ab 2017 auch der Direkteinstieg.

- **Quereinstieg:** Stehen nicht ausreichend Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter zur Verfügung, gibt es den Weg zum Vorbereitungsdienst für Bewerberinnen und Bewerber, die in einem Fach ein Studium (Master) nachweisen können. Seit 2009 sind insgesamt 281 Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger eingestellt worden, davon 14 zum 1. Februar 2016 und weitere 25 zum 1. August 2016.
- **Seiteneinstieg:** Kann eine Stelle nicht besetzt werden, können Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger eingestellt werden. Bewerben können sich Menschen mit einem universitären Abschluss (Master) und Berufserfahrung, wenn diese dem Stellenprofil überwiegend entsprechen. Die Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger unterrichten parallel zu einer zweijährigen Qualifizierungsphase. Seit 2009 sind insgesamt 180 Seiteneinsteiger/innen eingestellt worden, davon 11 zum 1. Februar 2016 und zum 1. August 2016 voraussichtlich 12 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger.
- **Direkteinstieg:** Dieser Zugang ist neu und ist für Berufsschulen vorgesehen. Er richtet sich an die Personen, die über ein Fachhochschuldiplom oder einen Bachelorabschluss einer Universität oder Fachhochschule und mindestens zweijährige Berufserfahrung verfügen. Der Direkteinstieg kommt zum Tragen, wenn eine Planstelle nicht mit geeigneten Lehrkräften besetzt werden kann. Die Unterrichtsverpflichtung beträgt 15 beziehungsweise 16 Unterrichtsstunden/Woche. Die Bezahlung erfolgt nach TV-L. Nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung kann eine unbefristete Weiterbeschäftigung gegebenenfalls auch im Beamtenverhältnis erfolgen. Ein Staatsexamen wird nicht zuerkannt.
- **„Ein-Fach-Lehrkraft“:** Es gibt einen Anpassungslehrgang für Menschen, die eine vollständige Lehramtsausbildung im Ausland absolviert haben, die in der Regel nur ein Fach umfasst. In einem Anerkennungsverfahren sollen wesentliche Unterschiede definiert und Ausgleichsmaßnahmen vorgeschrieben werden. Dazu gehört neben einer Eignungsprüfung ein Anpassungslehrgang mit einer Dauer von einem Jahr bis längstens drei Jahre. Diese Verordnung wird zurzeit überarbeitet. Ein-Fach-Lehrkräfte werden nicht verbeamtet, sollen aber künftig unbefristet eingestellt werden können.

„Es sind viele kleine Schritte, die wir gehen müssen auf dem Weg hin zu einer guten Bildungsqualität und mehr Bildungsgerechtigkeit. Im neuen Schuljahr werden wir wieder ein gutes Stück vorankommen“, sagte Ernst abschließend.